Südschleswigscher Wählerverband

SSW

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Speech
Nr. 209/2020
Kiel, 29.10.2020

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Wir brauchen nachhaltige Lösungen bei den Wildgänsen

Wegballern oder Eierentnahme, damit wäre aus Sicht der AfD das Problem gelöst. Das Problem ist aber komplexer und daher sind die Lösungen auch an anderer Stelle zu suchen und umzusetzen.

Christian Dirschauer zu TOP 38 - Sorgen der Landwirtschaft ernst nehmen – Wildgänse in Schleswig-Holstein auf erträglichen Bestand reduzieren (Drs. 19/2493)

Wir wissen, dass mit den anwachsenden Populationen, der hier bei uns lebenden Wildgänse und Enten sowie der Schwäne auch die Probleme mit der Landwirtschaft größer werden. Es geht dabei nicht nur um Fraßschäden, die zugenommen haben, sondern auch um die Verkotung landwirtschaftlich genutzter Flächen. Es also um Ertragsverluste, die die Landwirte auf ihren Flächen haben und das führt verständlicherweise zu erheblichem Unmut. Durchziehende und rastende Wildgänse sind an der Westküste nichts Neues. Sie gehören dazu, wie die Schafe auf den Deichen. Dort ist uns die Problematik durchaus bekannt. Mit den gestiegenen Zahlen der verschiedenen Arten hat sich aber auch das Verbreitungsgebiet entsprechend geändert. Seit Jahren verzeichnen wir wachsende Bestände an Wildgänsen oder Schwänen im gesamten Land. Diese Entwicklung gilt es zu berücksichtigt. Gleichwohl ist und bleibt die Westküste der Hotspot, wenn wir über Schäden sprechen. Daher ist es wichtig, dass wir das Problem seriös angehen.

Der Antrag der AfD hilft uns jedoch nicht weiter. Sie fordern eine wissenschaftlich begründete Bestandsobergrenze für Grau-, Nil- und Nonnengänse und mittels eines Managementplans soll die Obergrenze eingehalten werden. In Kürze zusammengefasst: Wegballern oder Eierentnahme, damit wäre aus Sicht der AfD das Problem gelöst.
Das Problem ist aber komplexer und daher sind die Lösungen auch an anderer Stelle zu suchen und umzusetzen. Aspekte wie, geschützte Art oder Auswirkungen des Klimawandels, sind im politischen Bild der AfD dann auch nur störendes Beiwerk und finden daher keine Berücksichtigung im Lösungsansatz. So funktioniert das aber nicht.

Wenn wir das Problem ernsthaft angehen wollen, brauchen wir ein Gänsemonitoring und Gänsemanagement das immer wieder aktualisiert wird und den Umständen entsprechend angepasst wird. Das heißt, wir müssen die Zusammenarbeit mit Dänemark, den Niederlanden und Niedersachsen fortsetzen und intensivieren. Was wir brauchen sind aufeinander abgestimmte Vorgehensweisen, die sowohl den Schutz der bedrohten Arten zum Ziel hat, die aber auch darauf ausgelegt ist, die Populationen häufiger Arten angemessen zu begrenzen.
Zur Umsetzung dieser Ziele bedarf es eines landesweiten Handlungskonzeptes, das mit den lokalen Akteuren vor Ort abzustimmen ist. Soll heißen, Landwirte, Jäger und Naturschützer müssen Duldungs- und Nichtduldungsgebiete herausstellen. Aber genau solche Flächen sind immer wieder zu hinterfragen oder neu festzulegen. Dafür brauchen wir aktuelle Bestandsdaten und eine Übersicht der Schäden. Nur so können die Ablenkungsflächen oder Poolflächen ihren Zweck erfüllen. Diese Flächen müssen entsprechend landwirtschaftlich bewirtschaftet werden, denn ansonsten verlieren sie ihren Reiz für die Gänse. Dies ist in den letzten Jahren zum Teil zu kurz gekommen.
Wichtig ist auch, dass die Landwirte, im Rahmen der Möglichkeit, die Bestellung der Winterflächen entsprechend vorziehen, um die Fläche somit unattraktiv zu machen, wenn die Gänse bei uns einfliegen.
Wir brauchen einen Katalog verschiedener Maßnahmen, um das Problem anzugehen und um es zu lösen. Die Datenerfassung über die Bestände und Schäden sind dabei das A und O, um entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können. Dies geht über die ackerbaulichen Möglichkeiten, über Vergrämungsmaßnahmen bis hin zu Bestandsregulierungen.

Der Maßnahmenkatalog zur Schadenverhütung oder Minimierung ist also umfangreicher als es der AfD-Antrag scheinen lässt. Das bedeutet aber auch, dass das Engagement der Beteiligten vor Ort, etwas für den Schutz der Gänse zu leisten, vorhanden sein muss. Wir wissen, dass der Erfolg der Maßnahmen häufig im Zusammenhang mit bestimmten Kompensationszahlungen steht. Hier sage ich ganz klar, das muss geklärt werden. Vogelschutzmaßnahmen für Gänse, so gut und richtig sie auch sind, sie dürfen nicht auf dem Rücken der betroffenen Landwirte ausgetragen werden. Das bedeutet,

Entschädigungszahlungen müssen zeitnah erfolgen. Verzögerungen wie wir sie in der Vergangenheit erlebt haben, sind für die Betroffenen nicht zumutbar. Und wenn es seit längeren Bestrebungen gibt, die Zahlungen auf neue Füße zu stellen, dann bedeutet das auch, dass alle Beteiligten hier konstruktiv zusammenarbeiten müssen. Das sage ich nicht nur in Richtung der Landesregierung, sondern insbesondere an die Partner, die dort mit am Tisch sitzen, um die betroffene Klientel zu vertreten. Eine Blockadehaltung dient niemandem, wir brauchen schnelle Lösungen bei den Entschädigungszahlungen.